



Dringlichkeitsantrag 2

zum Plenum als Nr. 2

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Christian Zwanziger, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Susanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft des FAU-Campus am Nürnberger Schöllereal nach Pleite der Projektgesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Am 21. Oktober wurde öffentlich bekannt, dass aufgrund der Insolvenz der Gerch-Gruppe nun auch die Entwicklung des so genannten Schöllereals als neuer Campus der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gescheitert ist. Die Staatsregierung möge dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst möglichst bald, jedoch noch im viertel Quartal 2024, zu dem Sachverhalt berichten und dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- Kann die Staatsregierung das Aus für die bisherigen Projektplanungen bestätigen?
- Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung getroffen, um das Ausfallrisiko, das bei einer solchen Public-Private-Partnership besteht, zu minimieren?
- Welche Verhandlungen, und mit welchem Inhalt, haben seit dem Bekanntwerden der Insolvenz der Gerch Group zwischen der Staatsregierung, der Universität, dem Insolvenzverwalter und dem verbleibenden Gesellschafter, der alpha-Gruppe, stattgefunden?
- Welche Alternativpläne hat die Staatsregierung für die Unterbringung der Studierenden aus der Regensburger Straße über 2026 hinaus?
- Plant die Staatsregierung eine Ertüchtigung der Räumlichkeiten in der Regensburger Straße, so dass diese auch über 2026 hinaus genutzt werden können?
- Wie lange soll nach Einschätzung der Staatsregierung nun die Realisierung von Alternativen dauern?

Begründung:

Nach einem Bericht der Nürnberger Nachrichten scheinen nach der Insolvenz der Gerch Group die Planungen für die Realisierung eines neuen Campus für die Lehramtsausbildung auf dem ehemaligen Schöllereal in Nürnberg nun gescheitert. Gleichzeitig ist der bisherige Bau an der Regensburger Straße nur noch bis 2026 nutzbar, bisherige Maßnahmen im Bauerhalt

beschränkten sich hier auf auf das Nötigste. Damit steht die Lehramtsausbildung der FAU, die 2026 umziehen sollte, nun vor einem großen Problem. Die Staatsregierung möge dem Ausschuss daher möglichst bald dazu berichten, welche neuen Pläne für die Unterbringung der Lehramtsausbildung vorhanden sind und wie das weitere Vorgehen in der Sache ist.